

Internationale Unternehmensbesteuerung

Deutsche Investitionen im Ausland. Ausländische Investitionen im Inland

Bearbeitet von

Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs, Prof. Dr. Dieter Endres, Prof. Dr. Christoph Spengel, Prof. Dr. Andreas Oestreicher, Prof. Dr. Andreas Schumacher, Hannah Nusser, Dr. Pia Dorfmüller, Dr. Barbara Zuber

8. Auflage 2016. Buch. Rund 1650 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 67941 4

Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Steuern > Internationales Steuerrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Otto H. Jacobs

Internationale Unternehmensbesteuerung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Internationale Unternehmensbesteuerung

Deutsche Investitionen im Ausland
Ausländische Investitionen im Inland

Begründet von

Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. mult. Otto H. Jacobs

Professor für Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Universität Mannheim, Steuerberater

Herausgegeben von

Dieter Endres/Christoph Spengel

bearbeitet von

Prof. Dr. Dieter Endres

Mitglied des Vorstandes einer
internationalen Wirtschaftsprüfungs-
gesellschaft, Steuerberater,
Frankfurt (bis 2015)

Prof. Dr. Andreas Oestreicher

ord. Professor für Betriebswirtschaftslehre
und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Georg-August-Universität Göttingen,
Steuerberater

Prof. Dr. Andreas Schumacher

Partner einer Partnerschaft von
Rechtsanwälten, Steuerberatern und
Wirtschaftsprüfern, Steuerberater, Bonn

Prof. Dr. Christoph Spengel

ord. Professor für Betriebswirtschaftslehre
und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
an der Universität Mannheim

unter Mitarbeit von

Dr. Sven-Eric Bärsch

Dipl.-Kfm., Steuerberater, Bonn

Hannah Nusser

M. Sc., Universität Mannheim

Dr. Barbara Zuber

Dipl.-Kffr., Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Mannheim

8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2016



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 67941 4

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 8. Auflage

Die Neuauflage berücksichtigt sämtliche einschlägigen Gesetzesänderungen und Verwaltungsanweisungen in Deutschland sowie alle aktuellen Entwicklungen auf Ebene der OECD und im Steuerrecht der Europäischen Union seit dem Erscheinen der Vorauflage im Jahr 2011:

- Für die Unternehmensbesteuerung besonders relevante Gesetzesänderungen in Deutschland betreffen die umfangreichen Neuerungen in § 1 Abs. 5 AStG zur Implementierung des „Authorized OECD Approach (AOA)“ in nationales Recht, das Inkrafttreten der neuen Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung, die Einführung der Steuerpflicht für Streubesitzdividenden in § 8b Abs. 4 KStG, die Implementierung des Korrespondenzprinzips in § 8b Abs. 1 Satz 2 KStG als Maßnahme gegen die Nichtbesteuerung von hybriden Finanzinstrumenten, die Neuregelung der Ermittlung des Anrechnungshöchstbetrags in § 34c Abs. 1 EStG, Änderungen bei der Organschaft und hinsichtlich des Verlustrücktrags sowie die Anpassungen in § 50d EStG.
- International waren ebenfalls Reformen der steuerlichen Rahmenbedingungen zu verzeichnen. Diese betrafen zum einen den Europäischen Raum: Der zweite Teil (Europateil) wurde an die aktuellen Steuerrechtsentwicklungen in sämtlichen Mitgliedstaaten angepasst und berücksichtigt zudem unter anderem die Änderungen der Mutter-Tochterrichtlinie. Außerdem werden die Rückwirkungen bedeutsamer neuer Urteile des Europäischen Gerichtshofs auf das deutsche Steuerrecht bei den jeweiligen Sachfragen ausführlich erörtert.
- Auf Ebene der OECD sind seit der Vorauflage mehrere Überarbeitungen des OECD-Musterabkommens und dessen Kommentierung erfolgt, welche ebenfalls in der Neuauflage Berücksichtigung fanden. Zudem wurden in der Neuauflage an den relevanten Stellen Verweise auf die neue deutsche Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen eingefügt. Daneben hat die OECD im Rahmen ihres BEPS-Projekts zahlreiche Diskussionspapiere und vorläufige Berichte zu Maßnahmen gegen Steuerkürzung und Gewinnverlagerung durch multinationale Konzerne erarbeitet, die bis Ende des Jahres 2015 finalisiert werden sollen. Die Neuauflage gibt im ersten Teil (Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung) einen Überblick über den aktuellen Stand des OECD-BEPS-Projekts und greift die verschiedenen Vorschläge auch im Rahmen der entsprechenden Gestaltungsansätze im sechsten Teil (Grenzüberschreitende Steuerplanung) auf.
- Im dritten (Inbound-Investitionen), vierten (Outbound-Investitionen) und fünften Teil (Erfolgs- und Vermögensabgrenzung) wird in der Neuauflage, anders als in den bisherigen Auflagen, zunächst die Besteuerung von Kapitalgesellschaften und anschließend die Besteuerung von Betriebsstätten behandelt. Hintergrund dieser Umstellung ist die zunehmende Annäherung der Besteuerung von Betriebsstätten an die Besteuerung von Kapitalgesell-

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

VI

Vorwort

schaften insbesondere durch die Implementierung des „Authorized OECD Approach“. Aufgrund dieser Entwicklung scheint es sinnvoll, bei der Erläuterung der Besteuerung von Betriebsstätten auf die Regelungen der Besteuerung von Kapitalgesellschaften Bezug zu nehmen.

Die 8. Auflage zeigt erstmals nicht mehr Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Otto H. Jacobs im Herausgeber- und Autorenteam. Herr Jacobs hat sich altersbedingt aus der Bearbeitung zurückgezogen, er stand deswegen auch nicht mehr als Mitherausgeber zur Verfügung.

Herr Jacobs hat dieses Buch vor mehr als 30 Jahren – genau genommen im Jahr 1983 – als Herausgeber mit einem kleinen Autorenteam seiner damaligen Schüler begründet. Zu diesem Zeitpunkt stand die internationale Unternehmensbesteuerung noch in ihren Anfängen. Es ist das Verdienst von Herrn Jacobs, dieses Buch durch stets klare strukturelle und inhaltliche Vorgaben als Standardwerk der internationalen Unternehmensbesteuerung etabliert zu haben. Aus diesem Grund erscheint das Buch auch zukünftig unter seinem Namen, in den folgenden Auflagen wird er als Begründer dieses Standardwerkes ausgewiesen. Die zukünftigen Herausgeber und Mitautoren werden das ursprüngliche Ziel, nämlich die Darstellung, Analyse und Beurteilung der Wirkung von Steuern auf internationale Unternehmensentscheidungen, konsequent weiterverfolgen. Ansonsten blieb das Herausgeber- und Autorenteam konstant, so dass die bewährte Teamarbeit der Vorauflagen beibehalten werden konnte.

Bei den Mitarbeitern wurden Herr Dr. Sven-Eric Bärsch, Frau Hannah Nusser, M.Sc., und Frau Dr. Barbara Zuber umfassend eingebunden. Herr Dr. Markus Mayer hat uns bei der Überarbeitung des Entsendungsteils engagiert unterstützt. Allen Mitarbeitern sei ebenso gedankt wie den studentischen Hilfskräften, die bei der Literaturauswertung, den Beispieldurchrechnungen, bei den Korrekturarbeiten sowie bei der Erstellung des Schriftenverzeichnisses und des Stichwortverzeichnisses mitgewirkt haben.

Gedankt sei zum Schluss einigen Institutionen: Den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Ernst & Young (EY) und PricewaterhouseCoopers (PwC), der Universität Mannheim, dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW) sowie der Europäischen Kommission, die über die Finanzierung verschiedener Forschungsprojekte eingebunden war. Dem Verlag C. H. Beck, insbesondere Frau Gabriele Wichmann-Woge, danken die Herausgeber für die nun schon jahrelang bestehende gute Zusammenarbeit.

Das Manuskript wurde im Mai 2015 abgeschlossen. Damit berücksichtigt die 8. Auflage inhaltlich den Rechtsstand zum 1.6.2015.

Frankfurt am Main/Mannheim, im Oktober 2015

*Prof. Dr. Dieter Endres
Prof. Dr. Christoph Spengel*

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Handbuch stellt die Handlungsalternativen, die ein deutsches Unternehmen bei der Gestaltung seiner Auslandsaktivitäten hat (Direktgeschäfte, Betriebsstätte, Personen- und Kapitalgesellschaft), geschlossen dar; es analysiert die jeweiligen in- und ausländischen Steuerfolgen und zeigt in Gegenüberstellungen ihre steuerlichen Belastungsdifferenzen auf. Annähernd 200 Beispiele, viele tabellarische Übersichten und ein ausführliches Register sollen den angesprochenen Steuerpraktikern die Erarbeitung und Anwendung der komplizierten Materie der internationalen Unternehmensbesteuerung erleichtern. Einzelheiten zur Zielsetzung, zum Aufbau und Adressatenkreis sind dem einleitenden Teil zu entnehmen.

Das Buch ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Mannheim. Deshalb gilt mein erster Dank meinen Kollegen der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre, die mir die Leitung des Instituts für die Erarbeitung des Projektes übertragen haben. Mein Dank gilt auch meinen Mitarbeitern. Neben mir zeichnet vor allem Herr Dr. Alfred Storck Verantwortung für den Aufbau und Inhalt des Buches. Es ist zwar schwierig, die Arbeiten der Beteiligten einer Gemeinschaftsarbeit gegeneinander abzugrenzen, mit folgender grober Charakterisierung sei dennoch ein Versuch gestartet. Dr. Storck war – im ländlichen Bild gesprochen – der Pflug im dornigen Feld der internationalen Besteuerung, meine Mitarbeiter Dr. Endres und Dr. Selent übernahmen stärker die Funktion der Egge, bei mir lag mehr die Aufgabe des Zugtieres, wobei es dem verehrten Leser vorbehalten bleiben soll, dessen Gattung zu bestimmen.

Neben den verantwortlichen Mitarbeitern möchte ich auch den Herren Dr. Roland Kopp, Dipl.-Kfm. Wolfram Scheffler sowie Dipl.-Kfm. Bernd Siefert danken, die in Einzelbereichen bzw. bei der Korrektur und den Registern behilflich waren. Die studentischen Hilfskräfte haben sich durch konstruktive Kritik und bei den technischen Arbeiten ausgezeichnet. Mein Dank gilt nicht zuletzt den beiden Sekretärinnen, Frau Lutz und Frau Osthoff, die das umfangreiche Manuskript gleich mehrmals in verschiedenen Fassungen geschrieben haben und dabei stets freundlich geblieben sind.

Das Manuskript wurde im Herbst 1982 abgeschlossen und vom Verlag C. H. Beck unmittelbar in Angriff genommen; auch ihm sei für die gute Zusammenarbeit gedankt.

Mannheim, im Februar 1983

Otto H. Jacobs

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abbildungsübersicht	XXXIX
Tabellenübersicht	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLIII

Einleitung:

Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	1
--	---

Erster Teil. Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen.....	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung	11
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungsabkommen	37
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	92
6. Kapitel. Objektsteuern	104

Zweiter Teil. Der Einfluss der Europäischen Integration auf die internationale Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im Europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	110
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	120
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der EU	171
4. Kapitel. Reformüberlegungen	223

Dritter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	245
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	273
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer Investoren	299
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	351

**Vierter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer
Gestaltungsalternativen deutscher Investoren im Ausland
(Outbound-Investitionen)**

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	371
2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inländischer Investoren	392
3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten inländischer Investoren	458
4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften inländischer Investoren	483

Fünfter Teil. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

1. Kapitel. Einführende Überlegungen	541
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften ...	638
3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesellschaften	644
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	761
5. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesellschaften	826
6. Kapitel. Verfahrensrechtliche Regelungen	850

Sechster Teil. Grenzüberschreitende Steuerplanung

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	885
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland	893
3. Kapitel. Steuerplanung bei der Unternehmensfinanzierung	945
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	991
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernumlagen	1052
6. Kapitel. Internationale M&A-Steuerstrategien	1140
7. Kapitel. Nutzung von Qualifikationskonflikten	1258
8. Kapitel. Die Kombination von Unternehmens- mit Mitarbeiterzielen: Steuerplanung in Entsendungsfällen	1285
Literaturverzeichnis	1359
Entscheidungsregister	1485
Stichwortverzeichnis	1519

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abbildungsübersicht	XXXIX
Tabellenübersicht	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLIII

Einleitung: Problemstellung, Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	1
--	---

Erster Teil. Grundtatbestände der internationalen Unternehmensbesteuerung

1. Kapitel. Doppel- und Minderbesteuerungen und damit verbundene betriebs- und volkswirtschaftliche Konsequenzen	3
2. Kapitel. Ursachen der Doppel- und Minderbesteuerungen	6
A. Personensteuern	6
B. Objektsteuern	9
3. Kapitel. Möglichkeiten zur Vermeidung von Doppelbesteuerung	11
A. Anrechnungs- und Freistellungsmethode	11
I. Ergebnisse ohne Maßnahmen zur Vermeidung der Doppel- besteuerung	13
II. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Gewinnfall	13
1. Die Anrechnungsmethoden	13
a) Uneingeschränkte Anrechnung	13
b) Begrenzte Anrechnung	13
2. Die Freistellungsmethoden	14
a) Uneingeschränkte Befreiung	14
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	15
III. Ergebnis bei Anwendung der Anrechnungs- und Freistellungsmethoden im Verlustfall	16
1. Die Anrechnungsmethoden	16
2. Die Freistellungsmethoden	16
a) Uneingeschränkte Befreiung	17
b) Befreiung mit Progressionsvorbehalt	17
B. Wettbewerbspolitische Konsequenzen der Methoden:	
Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	19
I. Zum Begriff der Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	19
II. Vor- und Nachteile von Kapitalexport- und Kapitalimport- neutralität	22

III. Die Ausgestaltung der Anrechnungs- und Freistellungsmethode als Verfahren zur Verwirklichung von Kapitalexport- und Kapitalimportneutralität	23
IV. Schlussfolgerungen zur Anwendbarkeit der Methoden	27
4. Kapitel. Konkrete Ausgestaltung der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen und Doppelbesteuerungsabkommen 37	
A. Vor- und Nachteile von unilateralen Maßnahmen und von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	37
B. Die Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen	40
I. Einkommensteuer	40
1. Anrechnungsmethode	40
a) Darstellung der Anrechnungsmethode	40
(1) Unbeschränkte Steuerpflicht	40
(2) Subjektdentität	41
(3) Gleichartige Auslandssteuer	42
(4) Identität des Veranlagungszeitraums	42
(5) Ausländische Einkünfte	42
(6) Anrechnungshöchstbetrag	46
b) Kritikpunkte und Reformansätze	51
(1) Anwendungsvoraussetzungen des § 34c Abs. 1 EStG	51
(2) Anrechnungshöchstbetrag	53
2. Abzugsmethode	57
a) Darstellung der Abzugsmethode	57
b) Vorteilhaftigkeitsvergleich zwischen Anrechnungs- und Abzugsmethode	59
3. Pauschalierungs- und Erlassmethode	61
II. Körperschaftsteuer	63
1. Anrechnungsmethode	63
2. Freistellungsmethode	64
3. Abzugsmethode	68
4. Pauschalierungs- und Erlassmethode	68
C. Die Vermeidung von Doppelbesteuerungen im Abkommensrecht	68
I. Die Umgrenzung der Quellenbesteuerung	69
1. DBA zwischen Industrieländern (OECD-Modell)	69
2. DBA mit Entwicklungsländern	73
II. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat	76
1. Einkommensteuer	78
a) Anrechnungs- und Abzugsmethode	78
(1) Die Anrechnungsmethode	78
(a) Anrechnung der tatsächlich gezahlten Steuer	79
(b) Behandlung eines Steuerüberhangs	79
(c) Länder- und einkunftsbezogene Begrenzung der Anrechnung	79

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>XIII</i>
(2) Die fiktive Steueranrechnung	80
(3) Wahlrecht Anrechnungs-/Abzugsmethode	82
(4) Ausschließlicher Abzug	83
b) Freistellungsmethode	84
2. Körperschaftsteuer	87
D. Das Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zu den Regelungen des Abkommensrechts	88
5. Kapitel. Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	92
A. Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	92
I. Außensteuergesetz	92
II. Sonstiges Recht	93
B. DBA als Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	95
C. Das OECD-BEPS-Projekt	96
6. Kapitel. Objektsteuern	104
 Zweiter Teil. Der Einfluss der Europäischen Integration auf die internationale Unternehmensbesteuerung	
1. Kapitel. Rechtsgrundlagen: Steuerrechtliche Vorschriften im Europäischen Vertragswerk und ihre Umsetzung	110
A. Zielsetzungen des Europäischen Vertragswerks und Implikationen für die Harmonisierung des europäischen Steuerrechts	110
B. Organisationsstruktur, Rechtsquellen, Rechtssetzungsverfahren und Gerichtsbarkeit in der EU	115
2. Kapitel. Überblick über die Unternehmensbesteuerung und ihre Belastungswirkungen in den Mitgliedstaaten	120
A. Grundlagen	120
B. Einkommen- und Körperschaftsteuer	124
I. Bemessungsgrundlage (Gewinnermittlungsvorschriften).....	124
II. Einkommen- und Körperschaftsteuersätze	133
III. Körperschaftsteuersysteme	136
1. Systematisierung und Überblick über die Systeme	136
2. Besteuerungswirkungen bei nationaler Geschäftstätigkeit ...	138
3. Besteuerungswirkungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	143
4. Ergebnis und Trends in der Entwicklung der Körperschaftsteuersysteme	144
C. Sonstige Unternehmenssteuern	147
D. Steuerliche Investitions- und Innovationsförderung	150
E. Belastungswirkungen der unterschiedlichen Unternehmenssteuern in Europa im Vergleich	158
I. Anforderungen an internationale Steuerbelastungsvergleiche ..	158

II. Methoden zur Berechnung und zum Vergleich internationaler Steuerbelastungen	161
III. Ergebnisse von Steuerbelastungsvergleichen	163
1. Berechnungen auf der Grundlage von Modellunternehmen (European Tax Analyzer)	163
a) Prämissen	163
b) Vergleich der Steuerbelastungen für ein typisches Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes	163
2. Berechnungen auf der Grundlage investitionstheoretischer Modelle (Devereux-Griffith-Modell)	166
a) Prämissen	166
b) Vergleich der effektiven Durchschnittssteuerbelastungen	167
IV. Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen	169
3. Kapitel. Stand der Steuerharmonisierung in der EU	171
A. Harmonisierung im Bereich der indirekten Steuern	171
I. Umsatzsteuer	171
II. Besondere Verbrauchsteuern	174
B. Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern	175
I. Die Mutter-Tochterrichtlinie	176
II. Die Fusionsrichtlinie	182
III. Die Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie	187
IV. Fazit	190
C. Internationales Zusammenwirken im Besteuerungsverfahren	191
I. Amtshilfe- und Beitreibungsrichtlinie	191
II. Schiedsverfahrenskonvention	193
D. EU-rechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung der direkten Steuern in den Mitgliedstaaten	195
I. Vorbemerkungen	195
II. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote der Grundfreiheiten	197
1. Niederlassungsfreiheit	197
2. Kapitalverkehrs freiheit	202
3. Abgrenzung der Grundfreiheiten	205
4. Zusammenwirken mehrerer Rechtsordnungen	207
5. Rechtfertigungsgründe für Eingriffe in die Grundfreiheiten	209
III. Beihilfeverbot	217
1. Tatbestand unzulässiger Beihilfen	217
2. Verhältnis des Beihilfeverbots zu den Diskriminierungs- und Beschränkungsverboten	220
IV. Folgerungen	221
4. Kapitel. Reformüberlegungen	223
A. Ziele des Europäischen Binnenmarkts sowie Anforderungen an die Besteuerung von Unternehmen in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht	223
B. Harmonisierung der nationalen Steuersysteme	224

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>XV</i>
C. Harmonisierung der Körperschaftsteuersätze	225
D. Nebeneinander von Wohnsitz- und Quellenprinzip	226
I. Wohnsitzprinzip und Steuerneutralität im Binnenmarkt	226
II. Aufteilung der Besteuerungsgrundlagen	227
III. Aufkommensverteilungskonflikte und EU-Recht	228
E. Schaffung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage	229
I. Grundidee, Funktionsweise, Fragestellungen und Modelle der Konzernbesteuerung	229
II. Vorstellungen zur Harmonisierung der Gewinnermittlung	231
III. Vorteile einer gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage	233
IV. Begründung einer formelhaften Gewinnaufteilung	236
V. Folgen für den Steuerwettbewerb und die Steuersätze in der EU	239
F. Fazit	241

Dritter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen ausländischer Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)

1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften ausländischer Investoren	245
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	245
I. Nationales Recht	246
1. Der Umfang der Quellenbesteuerung	246
2. Die isolierende Betrachtungsweise	249
II. Abkommensrecht	251
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	256
I. Nationales Recht	256
II. Abkommensrecht	267
2. Kapitel. Besteuerung von inländischen Kapitalgesellschaften ausländischer Investoren	273
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Kapitalgesellschaften	273
I. Nationales Recht	273
II. Abkommensrecht	275
III. Bestimmung der Ansässigkeit einer Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Electronic Commerce	276
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	279
I. Nationales Recht	279
1. Besteuerung der Gesellschaft	279
a) Körperschaftsteuer	279
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	279
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	281
b) Gewerbesteuer	282

2. Besteuerung der Gesellschafter	282
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	283
b) Die Besteuerung im Verlustfall	285
II. Abkommensrecht	288
1. Besteuerung der Gesellschaft	288
2. Besteuerung der Gesellschafter	288
a) Grundsätzliche Besteuerungsfolgen	288
b) Besonderheiten bei Muttergesellschaften mit Sitz in EU-Mitgliedstaaten	290
c) Besonderheiten bei Zwischenschaltung ausländischer Rechtsträger	292
3. Kapitel. Besteuerung von inländischen Betriebsstätten ausländischer Investoren	299
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Betriebsstätten	299
I. Betriebsstättengrundtatbestände	300
1. Der Betriebsstättenbegriff im nationalen Recht	300
a) Grundmerkmale der allgemeinen Betriebsstättendefinition (Grundtatbestand)	300
(1) Feste Geschäftseinrichtung	300
(2) Nachhaltigkeit	301
(3) Verfügungsmacht	302
(4) Tätigkeit eines Unternehmens	304
b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	305
2. Der Betriebsstättenbegriff im Abkommensrecht	308
a) Einschränkungen der allgemeinen Betriebsstättendefinition (Negativkatalog)	309
(1) DBA mit Industrieländern (OECD-Modell)	309
(2) DBA mit Entwicklungs- und aufstrebenden Ländern (UN-Modell)	313
b) Betriebsstättenbeispiele (Positivkatalog)	313
3. Das Verhältnis zwischen nationalem und abkommens- rechtlichem Betriebsstättenbegriff	315
II. Betriebsstättensornatatbestände	316
1. Bauausführungen und Montagen	317
2. Wirtschaftsberatende und technische Dienstleistungen	325
3. Vertretertätigkeiten	327
a) Abgrenzung zwischen Betriebsstätte und Vertreter	327
b) Vertreterbegriff	329
(1) Nachhaltigkeit	329
(2) Weisungsgebundenheit	331
(3) Tätigkeit eines Unternehmens	332
4. Electronic Commerce	335
a) Auswirkungen auf internationale Unternehmensstrukturen	335
b) Betriebsstättentatbestände	336
(1) Gestaltung von Marktbeziehungen durch Internet Server	336

Inhaltsverzeichnis

XVII

(a) Geschäftseinrichtung/Nachhaltigkeit	338
(b) Verfügungsmacht	339
(c) Tätigkeit eines Unternehmens	339
(2) Ausgestaltung der Leistungserstellung durch telekooperative Arbeitsformen	341
c) Zusammenfassung und Ausblick	344
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	345
I. Nationales Recht	345
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	345
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	345
b) Die Besteuerung im Verlustfall	347
2. Gewerbesteuer	348
II. Abkommensrecht	348
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	348
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	348
b) Die Besteuerung im Verlustfall	349
2. Gewerbesteuer	350
4. Kapitel. Besteuerung von inländischen Personengesellschaften ausländischer Investoren	351
A. Qualifikationsproblematik bei inländischen Personengesellschaften	351
I. Nationales Recht	351
II. Abkommensrecht	355
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	357
I. Nationales Recht	357
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	357
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	358
(1) Gewinnanteil	359
(2) Sondervergütungen	361
b) Die Besteuerung im Verlustfall	362
2. Gewerbesteuer	363
II. Abkommensrecht	365
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	365
a) Die Besteuerung im Gewinnfall	365
(1) Gewinnanteil	365
(2) Sondervergütungen	367
b) Die Besteuerung im Verlustfall	370
2. Gewerbesteuer	370
Vierter Teil. Laufende Besteuerung unternehmerischer Gestaltungsalternativen deutscher Investoren im Ausland (Outbound-Investitionen)	
1. Kapitel. Besteuerung von grenzüberschreitenden Direktgeschäften inländischer Investoren	371
A. Qualifikationsproblematik bei Direktgeschäften	371

B. Durchführung der laufenden Besteuerung	373
I. Quellenbesteuerung	373
1. Nationales Recht	373
2. Abkommensrecht	374
II. Wohnsitzbesteuerung	375
1. Nationales Recht	375
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	375
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	375
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	376
b) Gewerbesteuer	382
2. Abkommensrecht	385
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	385
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	385
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	386
b) Gewerbesteuer	387
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	388
 2. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Kapitalgesellschaften inländischer Investoren	 392
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Kapitalgesellschaften	392
I. Nationales Recht	393
1. Zur Methodik der Steuerrechtsqualifikation (Rechtstypenvergleich)	393
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	398
a) Wesen und Zielsetzung von Basisgesellschaften	398
b) Durchgriffsbesteuerung	400
(1) Ausländische Kapitalgesellschaft als Scheingesellschaft (§ 41 Abs. 2 AO)	400
(2) Ausländische Kapitalgesellschaft als Treuhänderin (§ 39 AO)	400
(3) Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten bei Einschaltung von Basisgesellschaften (§ 42 AO)	401
c) Hinzurechnungsbesteuerung	405
(1) Reguläre Hinzurechnungsbesteuerung (§ 7 Abs. 1 AStG)	406
(2) Erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung für Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter (§ 7 Abs. 6 Satz 1 AStG)	410
(3) Würdigung und Perspektiven der Hinzurechnungsbesteuerung	411
3. Zusammenfassendes Prüfschema	415
II. Abkommensrecht	415
1. Die Qualifikation der Auslandsgesellschaft als abkommensberechtigte Person	415
2. Besonderheiten bei Basisgesellschaften	417
a) Durchgriffsbesteuerung und DBA	417
b) Hinzurechnungsbesteuerung und DBA	417

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>XIX</i>
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	420
I. Domizilstaat der Kapitalgesellschaft	420
1. Nationales Recht	420
a) Besteuerung der Gesellschaft	420
b) Besteuerung der Gesellschafter	421
2. Abkommensrecht	422
a) Besteuerung der Gesellschaft	422
b) Besteuerung der Gesellschafter	423
II. Inlandsbesteuerung der Gesellschafter	429
1. Nationales Recht	429
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	429
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	429
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	432
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	437
(a) Durchgriffsbesteuerung	437
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	438
(aa) Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags	440
(bb) Steueranrechnung (§ 12 AStG)	441
(cc) Nachgeschaltete Zwischengesellschaften (§ 14 AStG)	442
b) Gewerbesteuer	443
2. Abkommensrecht	448
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	448
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	448
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	451
(3) Besteuerungswirkungen bei Basisgesellschaften	451
(a) Durchgriffsbesteuerung	451
(b) Hinzurechnungsbesteuerung	452
b) Gewerbesteuer	452
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	453
3. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Betriebsstätten	
 inländischer Investoren	458
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Betriebsstätten	458
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	461
I. Domizilstaat der Betriebsstätte (Quellenbesteuerung)	461
1. Nationales Recht	461
2. Abkommensrecht	464
II. Inlandsbesteuerung des Stammhauses (Wohnsitzbesteuerung)	466
1. Nationales Recht	466
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	466
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	466
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	469
b) Gewerbesteuer	470
2. Abkommensrecht	471
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	471
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	471
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	475
b) Gewerbesteuer	479
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	479

4. Kapitel. Besteuerung von ausländischen Personengesellschaften inländischer Investoren	483
A. Qualifikationsproblematik bei ausländischen Personengesellschaften	483
I. Die Qualifikation der Gesellschaft (Steuersubjektqualifikation)	484
1. Nationales Recht	484
a) Zur Methodik der Qualifikation (Rechtstypenvergleich) (1) Einordnung als Personen- oder Kapitalgesellschaft ... (2) Überprüfung der Gewerbebetriebs eigenschaft von Personengesellschaften	484
b) Beispiele zur Qualifikation ausländischer Gesellschaftsformen	486
2. Abkommensrecht	488
a) Vertragsstaaten mit Mitunternehmerkonzept	489
b) Vertragsstaaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	491
(1) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis spezieller Abkommensvereinbarungen	491
(2) Lösung subjektiver Qualifikationskonflikte auf Basis des OECD-Modells	492
II. Die Qualifikation der Einkünfte des Gesellschafters (Steuerobjektqualifikation)	495
1. Nationales Recht	495
a) Zur Maßgeblichkeit inländischer Gewinnermittlungsvorschriften	495
b) Inhalt und Struktur der Steuerbemessungsgrundlage eines Mitunternehmers	497
(1) Gewinnanteil	497
(2) Verlustanteil (§ 15a EStG)	497
(3) Sondervergütungen	498
2. Abkommensrecht	499
a) Gewinnanteil	500
b) Sondervergütungen	502
B. Durchführung der laufenden Besteuerung	506
I. Sitzstaat der Personengesellschaft	506
1. Nationales Recht	506
a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	507
(1) Besteuerung von Gewinnanteilen und Sondervergütungen	507
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	508
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	510
2. Abkommensrecht	510
a) Staaten mit Mitunternehmerkonzept	510
(1) Anwendbarkeit und Inhalt des Betriebsstättenprinzips bei Mitunternehmerschaften	510
(2) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften	511
b) Staaten mit Kapitalgesellschaftskonzept	512

Inhaltsverzeichnis

XXI

II. Inlandsbesteuerung der Mitunternehmer	513
1. Nationales Recht	513
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	513
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	514
(a) Die Behandlung von im Sitzstaat der Personengesellschaft erhobenen Quellensteuern ..	514
(b) Die Behandlung von in Drittstaaten erhobenen Quellensteuern	515
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	516
(a) Der Verlustanteil nach § 15a EStG	517
(aa) Die Konzeption des § 15a EStG	517
(bb) Die Konkretisierung der Bestimmungsfaktoren „Kapitalkonto“, „Verlustanteil“ und „Gewinn aus seiner Beteiligung“	519
(cc) Die Außenhaftung des Kommanditisten als Maßstab für eine erweiterte Verlustausgleichsmöglichkeit	520
(dd) Gewinnhinzurechnung wegen Einlagerminderung oder Haftungsminderung	521
(ee) Auswirkungen von Einlagen auf das Verlustausgleichsvolumen	521
(b) Die Wirkung des § 15a EStG im Rahmen der Anrechnungs- und Abzugsmethode	522
(aa) Wirkungsweise bei ausländischen Personengesellschaften ohne Inlandsbetriebsstätte ..	522
(bb) Wirkung bei ausländischer Mitunternehmerschaft mit Inlandsbetriebsstätte	524
(cc) Das Verhältnis von § 15a EStG zu § 2a EStG	525
(b) Gewerbesteuer	526
2. Abkommensrecht	526
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	526
(1) Die Besteuerung im Gewinnfall	526
(a) Besteuerung bei übereinstimmender Subjektqualifikation	526
(aa) Anwendung des Betriebsstättenprinzips	526
(bb) Die Behandlung von Drittstaatseinkünften ..	528
(cc) Besteuerung der Sondervergütungen	531
(b) Besteuerung bei abweichender Subjektqualifikation	532
(2) Die Besteuerung im Verlustfall	534
(b) Gewerbesteuer	535
III. Tabellarische Übersicht über die Ergebnisse	536

Fünfter Teil. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

1. Kapitel. Einführende Überlegungen	541
A. Notwendigkeit einer Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	541
B. Ziele	545

C. Methoden der Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	546
I. Übersicht	546
II. Leitlinien für die Anwendung des Fremdvergleichsgrund- satzes	548
1. Orientierungshilfen	548
2. Anwendungsprinzipien	549
a) Vergleichbarkeit	549
(1) Einflussgrößen	549
(2) Eigenschaften der gehandelten Güter und erbrachten Leistungen	550
(3) Funktionen, Kapitaleinsatz und Risiken	551
(4) Vertragsbedingungen	552
(5) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	553
(6) Geschäftsstrategien	554
(7) Standortvorteile und andere Besonderheiten eines lokalen Marktes	555
(8) Besondere Wettbewerbsvorteile	556
(9) Mögliche Änderungen durch BEPS, Aktionspunkte 8 bis 10	556
b) Anerkennung der tatsächlich durchgeführten Geschäftsvorgänge	558
c) Verluste	560
d) Auswirkungen staatlicher Eingriffe	562
e) Verwendung von Zollwerten	563
III. Methoden zur Bestimmung des Arm's-length-Entgelts	563
1. Methodenvielfalt und ihre Konsequenzen	563
2. Transaktionsbezogene Standardmethoden	567
a) Die Preisvergleichsmethode	567
b) Die Wiederverkaufspreismethode	569
c) Die Kostenaufschlagsmethode	571
3. Geschäftsfallbezogene Gewinnmethoden	575
a) Abgrenzungsfragen	575
b) Geschäftsfallbezogene Nettogewinnmethode	577
c) Geschäftsfallbezogene Gewinnzerlegungsmethode	582
4. Globaler Betriebsvergleich	585
5. Abhängigkeit der zulässigen Verrechnungspreismethoden vom Unternehmertyp	586
6. Festlegung der Verrechnungspreise mit Hilfe innerbetrieblicher Plandaten	588
7. Hypothetischer Fremdvergleich	589
a) Grundsätze	589
b) Ermittlung des Ertragswerts	591
(1) Ermittlung der zu diskontierenden Gewinnerwartung	591
(a) Bruttozahlungsreihe	591
(b) Berücksichtigung von Steuern	592
(2) Ermittlung des Kapitalisierungszeitraums	592
(3) Ermittlung des Diskontierungsfaktors	593

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

XXIII

c) Bestimmung des Verrechnungspreises	594
(1) Handlungsalternativen	594
(2) Transaktionskosten und Veräußerungsgewinnsteuern	595
(3) Nachträgliche Abweichung in der Gewinnentwicklung	596
8. Globale Gewinnzerlegung	597
IV. Bestimmung des anteiligen Kostenbeitrags (Konzernumlage) bei Gemeinschaftsprojekten	597
1. Grundstrukturen der Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge	597
2. Durchführung eines Umlagevertrags	599
a) Anwendungsbereich der Kostenumlage	599
b) Ermittlung der umlagefähigen Beträge	602
c) Bestimmung des Umlageschlüssels	604
d) Wechsel im Bestand der Poolmitglieder	605
e) Steuerliche Besonderheiten	608
3. Formelle Anerkennungsvoraussetzungen	609
V. Vorgehensweise in der betrieblichen Praxis	610
1. Vergleichbarkeitsanalyse	610
a) Untersuchungsschritte	610
b) Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	610
c) Analyse der konzerninternen Transaktion und Festlegung der Untersuchungsperspektive	611
(1) Gegenstand	611
(2) Gesamtvereinbarung über ein Paket von Lieferungen und Leistungen	611
(3) Vorteilsausgleich	612
(4) Festlegung der Untersuchungsperspektive	614
(5) Informationen in Bezug auf die konzerninterne Transaktion	615
d) Vergleichstransaktion	615
(1) Datenbasis	615
(a) Alternativen	615
(b) Interne Vergleichsdaten	616
(c) Externe Vergleichsdaten und Datenquellen	616
(d) Nutzung aggregierter Daten	619
(e) Einschränkungen in der Verfügbarkeit von Fremddaten	620
(2) Auswahlprozess	620
(3) Mögliche Anpassungsrechnungen	621
(4) Bandbreite	622
2. Zeitlicher Bezug	625
D. Eignung der direkten Methode einer Gewinn- und Vermögensermittlung für die Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei internationaler Geschäftstätigkeit	628
I. Mögliche Schwächen einer direkten Methode	628
1. Direktgeschäfte	628

2. Kapitalgesellschaften	628
3. Betriebsstätten	630
II. Mögliche Vorteile einer Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	
nach der indirekten Methode	632
1. Konzeptionelle Vorteile der indirekten Methode	632
2. Kritik	632
3. Praktische Probleme	633
4. Konzeptionelle Schwächen	634
III. Fazit	636
2. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Direktgeschäften	638
3. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Kapitalgesellschaften	644
A. Entwicklung des arm's length principle	644
B. Rechtsgrundlagen für Ergebniskorrekturen im internationalen	
Konzern	646
I. Nationales Recht	646
1. Verdeckte Gewinnausschüttung	647
2. Verdeckte Kapitaleinlage	653
3. Berichtigung von Einkünften	656
a) Gegenstand und Zielsetzung	656
b) Anwendungsvoraussetzungen	657
c) Verhältnis des § 1 AStG zur verdeckten Gewinnausschüttung (vGA) und zur verdeckten Kapitaleinlage (vKE)	660
d) Verhältnis des § 1 AStG zum Europarecht	662
e) Probleme bei der technischen Durchführung des § 1 AStG	664
f) Vorteilsausgleich bei § 1 AStG	665
II. Abkommensrecht	666
III. Verhältnis zwischen den nationalen und den	
abkommensrechtlichen Korrekturvorschriften	669
C. Präzisierung des Fremdvergleichsentgelts für Geschäftsvorgänge	
im Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs	672
I. Wahl der Verrechnungspreismethode und Bestimmung des	
Fremdvergleichspreises	672
II. Vertrieb von Gütern und Waren	673
1. Vergleichsanalyse	673
2. Funktionsanalyse und Methodenwahl	676
III. Herstellung von Erzeugnissen	680
IV. Dienstleistungen	685
1. Abgrenzung der verrechenbaren Leistungen vom	
Gesellschafteraufwand und der Kostenumlage nach dem	
Poolkonzept	685
a) Typologie konzerninterner Leistungsbeziehungen	685



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XXV
b) Gesellschafteraufwand (shareholder expenses).....	689
c) Verrechenbare Leistungen	691
(1) Eindeutig zuordenbare Dienstleistungen	691
(2) Nicht eindeutig zuordenbare Dienstleistungen (Mischfälle).....	692
(a) Koordinationsleistungen	692
(b) Kontrolltätigkeiten	694
(c) Planung	694
(d) Unterstützungs- und Beratungsleistungen	695
(e) Reisekosten	695
(f) Zusammenfassende Übersicht	695
d) Verwaltungspool	696
2. Verrechnungsformen	699
a) Direkte vs. indirekte Preisverrechnung	699
b) Die Entscheidung zwischen den alternativen Abrechnungsgrundsätzen	701
3. Ermittlung des Fremdvergleichsentgelts	702
a) Direkte Preisverrechnung	702
b) Indirekte Preisverrechnung	704
(1) Anwendungsbereich	704
(2) Ermittlung des Entgelts	705
(3) Bestimmung des Aufteilungsschlüssels	706
c) Konzerninterne Dienstleistungen, die zur Wertschöpfung wenig beitragen	708
V. Finanzierungsleistungen	709
1. Das Spektrum konzerninterner Finanzierungsleistungen	709
2. Verrechnung von Finanzierungsleistungen dem Grunde nach	710
3. Ermittlung von Verrechnungspreisen für konzerninterne Finanzierungsleistungen	712
a) Konzerninterne Darlehen	712
b) Cash Pooling	716
c) Bürgschaften und Garantien	717
VI. Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Lizenzierung von immateriellen Wirtschaftsgütern	718
1. Besondere Verrechnungspreisgrundsätze für immaterielle Werte	718
a) Identifikation immaterieller Werte	718
b) Zurechnung von Erträgen aus der Verwertung immaterieller Werte	720
c) Geschäftsvorgänge, die eine Nutzung oder Übertragung immaterieller Werte zum Gegenstand haben	723
d) Bestimmung der Fremdvergleichspreise für immaterielle Werte	724
(1) Vergleichbarkeitsanalyse	724
(2) Wahl der optimalen Verrechnungspreismethode	725
(3) Preisbildung bei hoher Unsicherheit	725

2. Verrechnung von Patenten und Know-how-Lizenzen	727
a) Entgeltpflicht	727
b) Bestimmung der angemessenen Lizenzgebühr	728
(1) Übersicht	728
(2) Preisvergleichsmethode/Marktorientiertes Verfahren	729
(3) Kapitalwertorientierte Verfahren	730
(4) Gewinnaufteilungsmethode	732
(5) Kostenorientierte Ansätze	734
c) Namens- und Markenlizenzen	734
(1) Entgeltpflicht	734
(2) Bestimmung der angemessenen Lizenzgebühr	738
D. Ermittlung des Fremdvergleichsentgelts für die Bestandteile eines Transferpaketes im Rahmen von Konzern-Restrukturierungen (Funktionsverlagerungen)	740
I. Zur Perspektive der OECD	740
II. Regelungen des deutschen Gesetz- und des Verordnungsgebers	743
1. Bestimmung der Verrechnungspreise nach dem Außensteuergesetz	743
2. Funktionsverlagerungsverordnung	745
a) Begriff der Funktion	745
b) Funktionsverlagerung	746
c) Anwendung der Regelungen zum Transferpaket	750
d) Wert des Transferpaketes	752
e) Bestimmung des Einigungsbereichs	756
f) Schadensersatz-, Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	757
g) Einzelheiten in Fällen nachträglicher Anpassungen	758
4. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Betriebsstätten	761
A. Besonderheiten der Gewinnabgrenzung bei Betriebsstätten	761
B. Rechtsgrundlagen	764
I. Nationales Recht	764
1. Buchführungspflicht	764
2. Gewinnermittlung	765
3. Berichtigung der Einkünfte	767
a) Anwendungsvoraussetzungen	767
b) Verhältnis der Berichtigungsnorm für Einkünfte (§ 1 AStG) zur Entstrickungsentnahme und Verstrickungseinlage	769
c) Verhältnis zum Unionsrecht	770
II. Abkommensrecht	771
III. Verhältnis zwischen den nationalen und den abkommensrechtlichen Regelungen	774
C. Zuordnungsgrundsätze	776
I. Entstrickungsentnahmen und Verstrickungseinlagen	776

Inhaltsverzeichnis

XXVII

1. Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich	776
2. Zurechnung von Wirtschaftsgütern	778
II. Betriebssättengewinnaufteilung	779
1. Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich	779
2. Zuordnung von Personalfunktionen	781
3. Zuordnung von Vermögenswerten	783
4. Zuordnung von Geschäftsvorfällen des Unternehmens	786
5. Chancen und Risiken	787
6. Ermittlung des Betriebsstätten-Dotationskapitals	787
7. Zuordnung von Finanzierungsaufwendungen und der übrigen Passiva	790
8. Besondere Zuordnungsregelungen	792
a) Übersicht	792
b) Banken	792
c) Versicherungsbetriebsstätten	793
d) Bau- und Montagebetriebsstätten sowie Förderbetriebsstätten	794
e) Ständige Vertreter	795
D. Abrechnung von internen Leistungsbeziehungen	797
I. Systematik	797
II. Entstrickungsentnahmen und Verstrickungseinlagen	798
1. Rechtsgrundlagen	798
2. Verrechnung typischer Geschäftsvorgänge	800
a) Überführung vom inländischen Stammhaus in die ausländische Betriebsstätte	800
(1) Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	800
(2) Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	804
(3) Überführung und Rücküberführung von Wirtschaftsgütern in das inländische Stammhaus	804
(a) Einkünfte der Betriebsstätte sind aufgrund eines DBA freigestellt	804
(b) Einkünfte der Betriebsstätte sind nicht aufgrund eines DBA freigestellt	806
b) Überführung aus der inländischen Betriebsstätte in das ausländische Stammhaus und vice versa	806
c) Anteilige Nutzung von Wirtschaftsgütern	807
d) Gründung und Auflösung der Betriebsstätte	809
III. Anzunehmende schuldrechtliche Beziehungen	809
1. Rechtsgrundlagen	809
2. Typische Ausprägungsformen	810
3. Besonderheiten bei Banken und Versicherungen	814
4. Besonderheiten bei zeitlich begrenzten Betriebsstätten	814
E. Betriebssättengewinnermittlung und Berichtigung der Einkünfte	816
I. Rechtsgrundlagen	816
II. Hilfs- und Nebenrechnung	817
F. Währungsumrechnung der Betriebsstätte	820
I. Übersicht	820

II. Methoden der Währungsumrechnung	820
III. Qualifikation der umrechnungsbedingten Währungserfolge ...	822
5. Kapitel. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung bei Personengesellschaften	826
A. Besonderheiten der Gewinnabgrenzung bei Personengesellschaften	826
I. Einführung	826
II. Umfang des Betriebsvermögens der Personengesellschaft	829
1. Gesellschaftsvermögen (Gesamthandsvermögen)	829
2. Sonderbetriebsvermögen	830
B. Rechtsgrundlagen	831
I. Nationales Recht	831
1. Übersicht	831
2. Entnahmen und Einlagen	832
3. Buchwertverknüpfung (§ 6 Abs. 5 EStG).....	833
4. Entstrickungsentnahme und Verstrickungseinlage	835
a) Anwendungsvoraussetzungen und Rechtsfolge	835
b) Verhältnis zur Buchwertverknüpfung (§ 6 Abs. 5 EStG)..	836
5. Berichtigung von Einkünften (§ 1 AStG).....	837
a) Anwendungsvoraussetzungen und Rechtsfolge	837
b) Verhältnis zu Entnahmen und Einlagen	839
II. Abkommensrecht	841
III. Verhältnis zwischen nationalem Recht und Abkommensrecht	842
C. Lieferungs- und Leistungsverkehr der Personengesellschaft	842
I. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Dritten	842
II. Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Unterbetriebsstätten	842
III. Überlassung von Wirtschaftsgütern zur Nutzung	843
IV. Übertragungsfälle zwischen Gesellschaft und Gesellschafter ...	843
1. Entgeltliche Übertragungen	843
2. Unentgeltliche Übertragungen	845
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	845
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	846
3. Übertragungen gegen Gesellschaftsrechte	846
a) Zwischen der Personengesellschaft und einem Betriebsvermögen des Gesellschafters	846
b) Zwischen der Personengesellschaft und dem Privatvermögen des Gesellschafters	848
V. Übertragungsfälle zwischen den Gesellschaftern	848
6. Kapitel. Verfahrensrechtliche Regelungen	850
A. Besteuerungsgrundsätze	850
I. Pflichten der Finanzbehörden	850
II. Mitwirkungspflichten der Beteiligten	851
1. Allgemeine Mitwirkungspflichten	851
2. Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandssachverhalten	851

Inhaltsverzeichnis

XXIX

3. Besondere Aufzeichnungen und Dokumentationspflichten	854
a) Einführung	854
b) Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung	855
c) Verwaltungsgrundsätze-Verfahren	857
(1) Übersicht	857
(2) Sachverhaltsdokumentation	858
(3) Angemessenheitsdokumentation	859
(a) Übersicht	859
(b) Informationen aus Datenbanken oder aus dem Internet	859
(c) Bandbreiten und ihre Einengung	860
(d) Planungsrechnungen aufgrund von innerbetrieblichen Plandaten und aufgrund von Gewinnprognosen	860
(4) Weitere Vorgaben	861
d) Internationale Standards	862
4. Informationsaustausch	864
III. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen Mitwirkungspflichten	868
1. Verstöße gegen die allgemeinen Auskunfts- und Vorlagepflichten	868
2. Verstöße gegen die besonderen Aufzeichnungs- und Vorlagepflichten	868
B. Internationale Verständigung	870
I. Abwicklung von Verrechnungspreisberichtigungen und Verständigungs- oder Schiedsverfahren	870
1. Übersicht	870
2. Internationale Verständigung auf Sicherheitsbereiche	872
3. Verständigungs- und Schiedsvereinbarung nach DBA	872
4. Verständigungs- und Schiedsverfahren nach der EU-Schiedsverfahrenskonvention	876
II. Advance Pricing Agreements	880
1. Gegenstand	880
2. Verfahren	882
3. Würdigung von APA	883

Sechster Teil. Grenzüberschreitende Steuerplanung

1. Kapitel. Anknüpfungsmerkmale, Instrumente und Legitimität der internationalen Steuerplanung	885
2. Kapitel. Steueroptimale Rechtsformwahl im In- und Ausland	893
A. Systematisierung der Formen grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit	893
B. Grundsätzliche Belastungsunterschiede der Gestaltungsalternativen	894
I. Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	894
1. Buchführungspflicht	894
2. Erfolgs- und Vermögensabgrenzung	895

II. Besteuerung von Gewinnen und Verlusten	896
1. Besteuerung im Domizilstaat	896
a) Besteuerung von Gewinnen	896
b) Behandlung von Verlusten	897
2. Besteuerung im Wohnsitzstaat des Gesellschafters	898
a) Besteuerung von Gewinnen	898
b) Behandlung von Verlusten	899
III. Substanzbesteuerung	901
C. Steuerstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)	902
I. Einflussfaktoren auf die Steuerbelastung des Inlandsengagements	902
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Tochterkapitalgesellschaft und Betriebsstätte in Deutschland ..	905
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	905
2. Gewinnfall	906
a) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personenunternehmens	906
(1) Nicht-DBA-Fall	906
(2) DBA-Fall	908
b) Ausländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	910
(1) Nicht-DBA-Fall	910
(a) Ebene der Gesellschaft	910
(b) Ebene der Gesellschafter	911
(2) DBA-Fall	913
(a) Ebene der Gesellschaft	913
(b) Ebene der Gesellschafter	914
3. Verlustfall	916
a) Nicht-DBA-Fall	916
b) DBA-Fall	917
4. Zusammenfassung	917
D. Steuerstrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	923
I. Einflussfaktoren auf die Steuerbelastung des Auslandsengagements	923
II. Durchführung des Belastungsvergleichs zwischen Betriebsstätte und Tochterkapitalgesellschaft im Ausland ..	926
1. Erläuterung der Ausgangsdaten	926
2. Gewinnfall	927
a) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform eines Personenunternehmens	927
(1) Nicht-DBA-Fall	927
(2) DBA-Fall	929
b) Inländische Spitzeneinheit in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft	931
(1) Nicht-DBA-Fall	931

Inhaltsverzeichnis

XXXI

(a) Ebene der Gesellschaft	931
(b) Ebene der Gesellschafter	932
(2) DBA-Fall	934
(a) Ebene der Gesellschaft	934
(b) Ebene der Gesellschafter	935
3. Verlustfall	938
a) Nicht-DBA-Fall	938
b) DBA-Fall	939
4. Zusammenfassung	939
3. Kapitel. Steuerplanung bei der Unternehmensfinanzierung ..	945
A. Grundsätze internationaler Unternehmensfinanzierung	945
B. Finanzierung von Inbound-Investitionen	948
I. Kapitalgesellschaften	948
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	948
2. Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	950
a) Problematik	950
b) Zinsschranke	952
(1) Grundregel	952
(2) Ausnahmetatbestände	955
(3) Gestaltungsansätze	957
3. Angemessenheit der Vergütung	958
4. Finanzierung in der Krise	961
II. Betriebsstätten	964
1. Dotationskapital und Fremdfinanzierung	964
2. Besonderheiten bei der Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	966
III. Personengesellschaften	967
1. Finanzierungskosten und Mitunternehmerkonzeption	967
2. Besonderheiten bei der Begrenzung der Fremdfinanzierung in Deutschland	969
C. Finanzierung von Outbound-Investitionen	971
I. Kapitalgesellschaften	971
1. Belastungsvergleich zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung	971
2. Begrenzung der Fremdfinanzierung im Ausland	980
a) Zinsabzugsbeschränkungen im Ländervergleich	980
b) Earnings stripping rules in den USA	982
3. Angemessenheit der Vergütung	983
II. Betriebsstätten	984
III. Personengesellschaften	987
D. Ansatzpunkte für komplexere Finanzierungsgestaltungen	988
4. Kapitel. Steuerplanung mit Holdinggesellschaften	991
A. Begriff und Erscheinungsformen der Holdinggesellschaft	991

B. Typische Beispiele für den Einsatz von Holdinggesellschaften	996
I. Reduzierung von Quellensteuern	996
II. Konsolidierung von positiven und negativen Ergebnissen	1001
III. Steuerwirksame Finanzierung des Beteiligungsportfolios	1006
IV. Minimierung der Steuerpflicht auf Veräußerungsgewinne ...	1008
V. Geltendmachung bzw. Bewahrung von Teilwertabschreibungen und Liquidationsverlusten	1009
VI. Vermeidung von Anrechnungsüberhängen	1010
VII. Umformung von Einkünften	1012
VIII. Nutzung von Kapitalgesellschaftsprivilegien	1012
IX. Vermeidung ausländischer Erbschaftsteuern	1013
C. Voraussetzungen für die Eignung eines Landes als Holdingstandort	1014
D. Grenzen der Einschaltung von Holdinggesellschaften	1029
I. Gesetzliche Grenzen der Steuerplanung	1029
II. Maßnahmen zum Schutz der Wohnsitzbesteuerung	1032
1. Ort der Geschäftsleitung	1032
2. Missbrauchsvorschriften	1033
3. Hinzurechnungsbesteuerung	1041
III. Maßnahmen zum Schutz der Quellenbesteuerung	1044
IV. Schranken durch gegenläufige Steuereffekte	1050
5. Kapitel. Steuerplanung mit Verrechnungspreisen und Konzernumlagen	1052
A. Die Aufgaben der betrieblichen Verrechnungspreispolitik	1052
I. Entwicklung eines Verrechnungspreissystems	1052
II. Beweismittelvorsorge	1053
III. Optimale Allokation der Bemessungsgrundlagen	1055
B. Verrechnungspreisstrategien für ausländische Investoren in Deutschland (Inbound-Investitionen)	1057
I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen globaler Branchen	1057
II. Allokation der Konzernfunktionen unter Berücksichtigung von Kapitaleinsatz und Risiken	1058
III. Zur Intensität unternehmerischer Funktionen im Inland	1059
1. Vertrieb	1059
2. Produktion	1061
3. Dienstleistungen	1063
IV. Verrechnung konzerninterner Reallokationsmaßnahmen	1064
1. Handlungsoptionen bei der Bestimmung des Fremdvergleichsentgelts	1064
a) Grundlagen	1064
b) Gegenstand der Vergütungspflicht	1065
c) Bewertung der übertragenen Vorteile	1068
(1) Übersicht	1068
(2) Bewertung des Transferpakets auf der Basis eines tatsächlichen Fremdvergleichs	1069

(3) Bewertung der Bestandteile des Transferpaketes auf der Basis von Einzelverrechnungsspreisen	1070
(4) Bewertung des Transferpaketes auf der Basis des hypothetischen Fremdvergleichs	1071
(5) Preisanpassung	1073
2. Betriebliche Anwendungsfälle im Zusammenhang mit Inbound-Investitionen	1074
a) Vertrieb	1074
b) Produktion	1077
c) Dienstleistungen	1079
C. Verrechnungsspreistrategien für Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Investitionen)	1080
I. Das Erreichen der Abschirmwirkung als Gestaltungsvorgabe ..	1080
II. Anwendungsbereiche für ein konzerninternes Outsourcing ...	1088
1. Vertrieb	1088
2. Produktionstätigkeit	1091
3. Administrative Dienstleistungen	1093
a) Managementgesellschaften, Kontroll- und Koordinierungsstellen	1093
b) Immobiliengesellschaften	1095
c) Übernahme sonstiger Dienstleistungsfunktionen	1096
4. Finanzierungen	1096
a) Finanzierungsgesellschaften	1096
b) Treasury centres	1102
c) Versicherungsgesellschaften (Captives)	1105
d) Factoring- und Reinvicing-Gesellschaften	1107
5. Forschung und Entwicklung	1110
a) Verrechnungsformen	1110
(1) Abgrenzung des Lizenzmodells vom Poolkonzept	1110
(2) Zur Entscheidung über die Struktur der konzerninternen Forschung und Entwicklung	1113
(3) Die Verrechenbarkeit von Kosten der Grundlagenforschung	1116
(4) Auftragsforschung	1117
(5) Forschungspool	1118
b) Vermögensverwaltungsgesellschaft	1121
c) Patent-, Lizenz- und Markenverwertungsgesellschaften ..	1124
III. Sperren auf dem Weg zu einer niedrigen Konzernsteuerquote	1128
1. Abwehrmechanismen der Steuergesetzgebung	1128
2. Verrechnung konzerninterner Reallokationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Outbound-Investitionen	1129
a) Vertrieb	1129
b) Produktion	1132
c) Finanzierungen und Dienstleistungen	1135
d) Forschung	1138

6. Kapitel. Internationale M&A-Steuerstrategien	1140
A. Vermeidung der Gewinnrealisierung	1140
I. Zur Problematik der Besteuerung gruppeninterner Transaktionen	1140
II. Das Instrumentarium des Steuerplaners	1142
1. Steuerneutrale Umstrukturierung durch Gewinnrealisierungsaufschub	1142
a) Umwandlungssteuergesetz	1142
b) Übertragungen bei Mitunternehmerschaften, Realteilung und Überführungstatbestände	1144
c) Sicherstellung des deutschen Besteuerungsrechts	1146
2. Nutzung von Steuerbefreiungsvorschriften	1147
III. Typische Reorganisationsfälle	1151
1. Inbound-Reorganisationen	1151
a) Inkorporation einer deutschen Betriebsstätte	1151
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer deutschen Holding	1154
(1) Kapitalgesellschaften als Einbringende	1154
(2) Deutsche natürliche Personen als Einbringende	1156
(3) Ausländische natürliche Personen als Einbringende ..	1158
c) Inländische Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen mit Auslandsbezug	1158
(1) Umwandlung einer Kapital- in eine Personengesellschaft	1159
(2) Verschmelzung	1161
(3) Spaltung	1163
d) Sitzverlegung vom Ausland ins Inland	1165
2. Outbound-Reorganisationen	1169
a) Einbringung einer Betriebsstätte in eine Auslandsgesellschaft	1169
b) Zusammenfassung von Beteiligungen in einer Auslandsholding	1172
(1) Übertragungen durch deutsche Kapitalgesellschaften	1172
(2) Deutsche natürliche Personen als Einbringende	1173
(3) Ausländische Personen als Einbringende	1175
c) Ausländische Umwandlungen mit Inlandsbezug	1175
(1) Umwandlung einer Kapital- in eine Personengesellschaft	1176
(2) Verschmelzung	1178
(3) Spaltung	1180
(4) Ausländische Umwandlungen und Hinzurechnungsbesteuerung	1182
d) Sitzverlegung vom Inland ins Ausland	1183
B. Akquisitionsgestaltung	1185
I. Inbound-Akquisitionen	1185
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1185

2. Erwerb einer Betriebsstätte oder eines Mitunternehmer-anteils	1189
3. Steuerstrategien zum Erwerb von Kapitalgesellschaften	1192
a) Erwerb des Betriebsvermögens (asset deal) oder Kauf der Anteile (share deal)	1192
b) Strukturierungsalternativen zur Verzögerung des steuerlichen Veräußerungszeitpunkts	1196
c) Wahl des Akquisitionsvehikels	1199
(1) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Kapitalgesellschaft	1199
(2) Strukturierung des Erwerbs über eine inländische Holding-Personengesellschaft	1201
4. Verkehrsteuerliche Aspekte (Grunderwerb- und Umsatzsteuer)	1202
5. Zusammenfassende Empfehlungen zur Auswahl des Akquisitionskonzepts	1205
II. Outbound-Akquisitionen	1207
1. Steuerplanerische Ausgangsüberlegungen beim Unternehmenskauf	1207
2. Die Gestaltung der Transaktion	1209
a) Rechtsformspezifische Erwerbsstrategien	1209
(1) Erwerb einer Auslandsbetriebsstätte	1209
(2) Erwerb ausländischer Kapitalgesellschaftsanteile	1211
(3) Erwerb einer ausländischen Personengesellschaft	1213
b) Postakquisitorische Integrationsmaßnahmen	1214
3. Ein Beispielsfall: Unternehmenskauf in den USA	1215
C. Unternehmenskooperationen und Unternehmenszusammenschlüsse	1223
I. Joint Ventures	1223
1. Definition, Motivation und Vertragsgestaltung	1223
2. Formen der Zusammenarbeit	1226
a) Schuldrechtliche vs. gesellschaftsrechtliche Joint Ventures	1226
b) Vertrags-Joint-Ventures	1226
c) Gemeinschaftsunternehmen	1228
3. Steueroptimierung bei der Standort- und Rechtsformwahl	1235
a) Steuerliche Zielsetzungen eines Joint-Venture-Partners ..	1235
b) Personengesellschaftsstrukturen	1238
(1) Deutsche Joint-Venture-Personengesellschaft	1238
(2) Ausländische Joint-Venture-Personengesellschaft	1240
c) Kapitalgesellschaftsstrukturen	1241
(1) Deutsche Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1241
(2) Ausländische Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1243
(3) SE als Joint-Venture-Kapitalgesellschaft	1245
d) Direktzuordnung von Gewinnbestandteilen zu einzelnen Partnern	1246
4. Schlussfolgerungen für die Steuerstrategie	1250

II. Internationale Fusionen börsennotierter Gesellschaften (merger of equals).....	1252
1. Abgrenzung von internationalen Fusionen und Joint Ventures	1252
2. Gestaltungsalternativen und steuerliche Konsequenzen	1252
7. Kapitel. Nutzung von Qualifikationskonflikten	1258
A. Nicht harmonisierte Bemessungsgrundlagen und divergierende Zurechnungsregeln als Ausgangspunkt für die Steuerplanung	1258
B. Typische Beispiele	1260
I. Qualifikationskonflikte bei Personengesellschaften	1260
II. Leasing über die Grenze: Ein Double-dip-Modell	1265
III. Zurechnungskonflikte bei Finanzierungsstrukturen	1267
IV. Nutzung unterschiedlicher Periodisierungsvorschriften	1268
V. Qualifikationskonflikte bei hybriden Finanzinstrumenten	1269
VI. Fiktive Eigenkapitalverzinsung	1273
VII. Hybride Gesellschaften	1274
VIII. Mangelnde Harmonisierung bei der Abgrenzung zwischen gesellschaftsrechtlicher und betrieblicher Sphäre	1279
C. Steuergesetzgeberische Ansatzpunkte zur Vermeidung von weißen Einkünften	1280
8. Kapitel. Die Kombination von Unternehmens- mit Mitarbeiterzielen: Steuerplanung in Entsendungsfällen	1285
A. Die Notwendigkeit für eine steuerorientierte Entsendungspolitik	1285
B. Auslandseinsatz von Steuerinländern (Outbound-Entsendung)	1287
I. Entsendung in Nicht-DBA-Staaten	1287
1. Aufrechterhaltung des deutschen Wohnsitzes	1287
a) Der Auslandstätigkeitserlass	1287
b) Das Verfahren zur Erlangung der Steuerfreistellung	1291
2. Aufgabe des inländischen Wohnsitzes	1291
a) Beschränkte Steuerpflicht	1291
b) Form der Steuererhebung	1294
II. Entsendung in DBA-Staaten	1295
1. Aufrechterhaltung des deutschen Wohnsitzes	1295
a) Die Grundregel: Das Arbeitsortprinzip	1295
b) Die 183-Tage-Regelung als Ausnahme vom Arbeitsortprinzip	1300
c) Ausnahmen von der Ausnahme: Anwendbarkeitsgrenzen der 183-Tage-Klausel	1303
(1) Wechsel zu einem ausländischen Arbeitgeber im Tätigkeitsstaat	1303
(2) Entsendung zur ausländischen Betriebsstätte oder Tochterpersonengesellschaft	1305
(3) Entsendung zur ausländischen Tochterkapitalgesellschaft	1307
d) Verfahrensfragen	1308

e) Die Grenzgängerregelung als weitere Durchbrechung des Arbeitsortprinzips	1310
f) Die Anwendung des Arbeitsortsprinzips bei leitenden Angestellten von Kapitalgesellschaften	1312
2. Aufgabe des inländischen Wohnsitzes	1313
C. Inlandseinsatz von Steuerausländern (Inbound-Entsendung)	1315
I. Entsendung aus Nicht-DBA-Staaten	1315
1. Begründung der beschränkten Steuerpflicht	1315
2. Begründung der unbeschränkten deutschen Steuerpflicht ..	1318
a) Die Bedeutung des Wohnsitzes nach nationalem Steuerrecht	1318
b) Die Bedeutung des gewöhnlichen Aufenthalts nach nationalem Steuerrecht	1320
c) Besteuerungskonsequenzen bei Ansässigkeit im Inland ...	1321
II. Entsendung aus DBA-Staaten	1322
D. Vorteilhafte Gestaltung der Entsendevereinbarungen	1323
I. Die Gewährung steuerfreier oder niedrig besteuerte Gehaltselemente als Zielsetzung	1323
II. Varianten zur Minimierung der Steuerkosten	1324
1. Fringe benefits: Personalvergütung in Form von Zusatzleistungen	1324
2. Payroll-split-Modelle: Getrennte Arbeitsverträge im In- und Ausland	1326
3. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle (insbesondere Stock- Options) im Entsendungsfall	1328
4. Deferred compensation: Arbeitnehmerfinanzierte Pensionszusagen	1336
5. Festlegung der optimalen Entsendungsdauer	1340
III. Die Berücksichtigung des internationalen Steuergefälles in Gehaltseinbarungen	1344
E. Weitere Aspekte internationaler Personalentsendung	1348
I. Steuerrisiken im Unternehmensbereich	1348
1. Begründung einer Auslandsbetriebsstätte	1348
2. Unangemessene konzerninterne Aufteilung der Entsendungskosten	1349
3. Haftungsrisiko bei fehlerhaftem Lohnsteuerabzug	1352
II. Sozialversicherungsrechtliche Gesichtspunkte	1353
III. Arbeitsvertragliche Gestaltung und ausländerrechtliche Voraussetzungen	1355
Literaturverzeichnis	1359
Entscheidungsregister	1485
Stichwortverzeichnis	1519

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG